



Lehrveranstaltung:

Nonprofit-Management und Sozialwirtschaft

Sommersemester 2011

Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss

Institut für angewandtes Management in der Sozialwirtschaft	
Tel: +49(0)6131-628-3630	Fachhochschule Mainz
-3631	Lucy-Hillebrand-Str. 2
-3632	55128 Mainz
Fax +49(0)6131-628-3629	www.ifams.de

Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss



- Diplom-Kaufmann
- Professor für Wirtschaftswissenschaften (BWL / VWL), insbesondere Rechnungswesen und Controlling
- Leitung des Instituts für angewandtes Management in der Sozialwirtschaft (ifams)
- Geschäftsführung der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR) mit Sitz an der FH Mainz
- Landesbeirat für Kriminologie und Strafvollzug
- Landesbeirat für Weiterbildung
- **Spezialgebiete:**
Sozial- und Gesundheitswirtschaft;
Dienstleistungsmanagement;
New Public Management;
Controlling and Finance
- reiss@ifams.de
- 06131 – 628-3249
628-3631 (Jutta Albrecht)
628-3632 (Lena Kassen und HiWis)
628-3633 (Steffi B. Schmeck)
628-3629 (Fax)



Nonprofitmanagement und Sozialunternehmertum

Social Entrepreneurship: Sozial denken, unternehmerisch handeln

- “Social Entrepreneurship“ wird als innovativer und vielversprechender Ansatz unternehmerischen Handelns diskutiert
 - Primäre Orientierung: Lösung gesellschaftlicher Probleme
 - Sekundär: Gewinnerzielungsabsicht
- Diskussion der Rolle und Verantwortung von Unternehmen in der Gesellschaft in verschiedenen Diskursen
 - Corporate Social Responsibility (z.B. Deutsche Bank AG mit CSR-Bericht)
 - Corporate Citizenship (z.B. TRIGEMA GmbH & Co. KG)
 - Stakeholder Approach (Abwägung von Interessen im Rahmen strategischer Überlegungen)

Nonprofitmanagement: Wikipedia

- “Als **Non-Profit-Organisation (NPO)** bezeichnet man jene Organisationen in frei-gemeinnütziger oder privat-gewerblicher Trägerschaft, welche ergänzend zu Staat und Markt spezifische Zwecke der Bedarfsdeckung, Förderung und/oder Interessenvertretung/Beeinflussung (Sachziel-dominanz) für ihre Mitglieder (Selbsthilfe) oder Dritte wahrnehmen.
- Sie verfolgen keine kommerziellen (Rendite-)Interessen, sondern dienen gemeinnützigen sozialen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zielsetzungen ihrer Mitglieder. Dies ist in einem Statut festgelegt und wird in Deutschland im Rahmen eines staatlichen Anerkennungsverfahrens bei Beantragung von Gemeinnützigkeits-Status auf Plausibilität überprüft.
- In Deutschland typische Rechtsformen von Nonprofit-Organisationen sind die Gemeinnützigen GmbH und der eingetragene Verein (e. V.).

Nonprofitmanagement: Sozial denken, unternehmerisch handeln

weitere synonyme Bezeichnungen:

- Nichtgewinnorientierte(s) Organisation/Unternehmen
- Verein ohne Gewinnzweck (VoG) (Luxemburg)
- Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (VoG) (Belgien)
- Gesellschaft ohne Erwerbszweck (GoE) (Belgien; veraltet: 1921-2002)
- „Not-for-Profit Organization“ und „Non-Business Organization“ in Großbritannien
- „Nonprofit Corporation“ in den Vereinigten Staaten von Amerika
- **Idealverein**

Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit

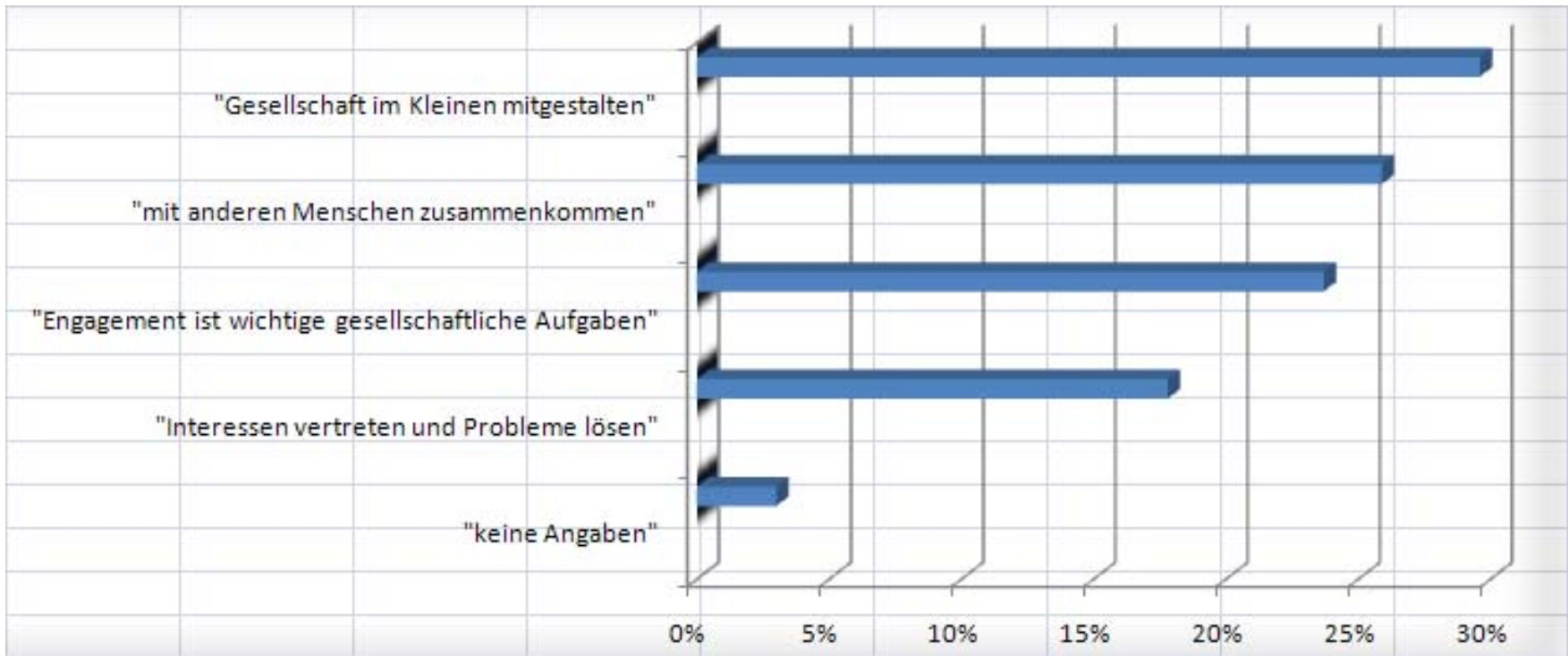
- **Tatsächliches Engagement**
 - 1999: 34% aller Bürgerinnen und Bürger
 - 2004: 36% aller Bürgerinnen und Bürger
 - 2009: 36% aller Bürgerinnen und Bürger
- **Potenziell für das Ehrenamt zu gewinnende Personen**
 - 1999: 24% aller Bürgerinnen und Bürger
 - 2004: 36% aller Bürgerinnen und Bürger
 - 2009: 36% aller Bürgerinnen und Bürger
 - ➔ Erschließung durch aktive Ansprache
- **70% sind in Vereinen, Gruppen etc. als Mitglieder**

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Informationen zum 3. Freiwilligensurvey (1999 – 2009), auf www.bfsfj.de

Selbstentfaltung in der guten Tat

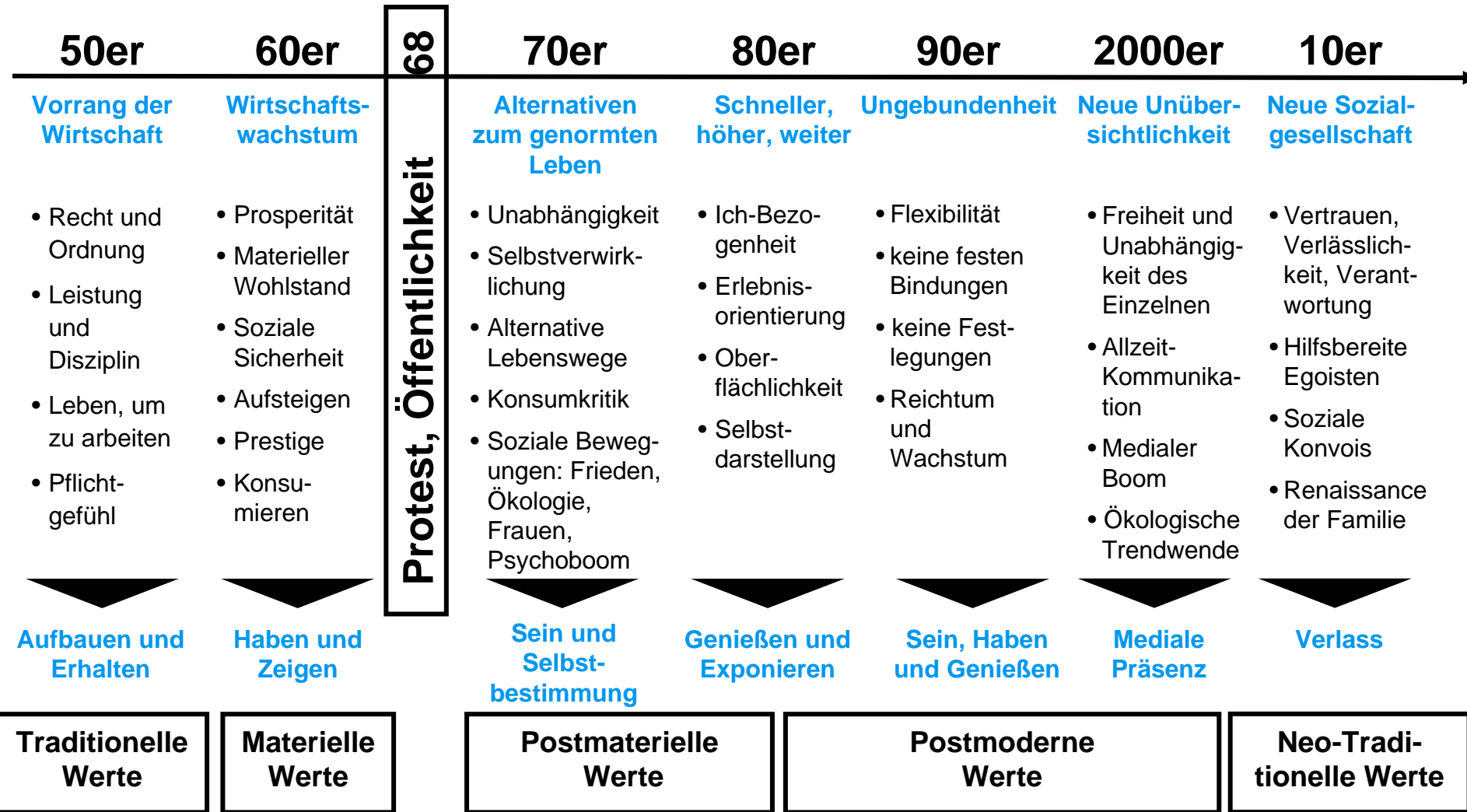
- Gründe für das Engagement

- Aus welchem Grund engagieren Sie sich?



Prognos AG / AMB Generali Deutschland Holding AG (Hrsg.): Engagement-Atlas 2009, o.O., o.Jg., auf: zukunftsfond/generali-deutschland.de

Wertewandel 1950 – 2010



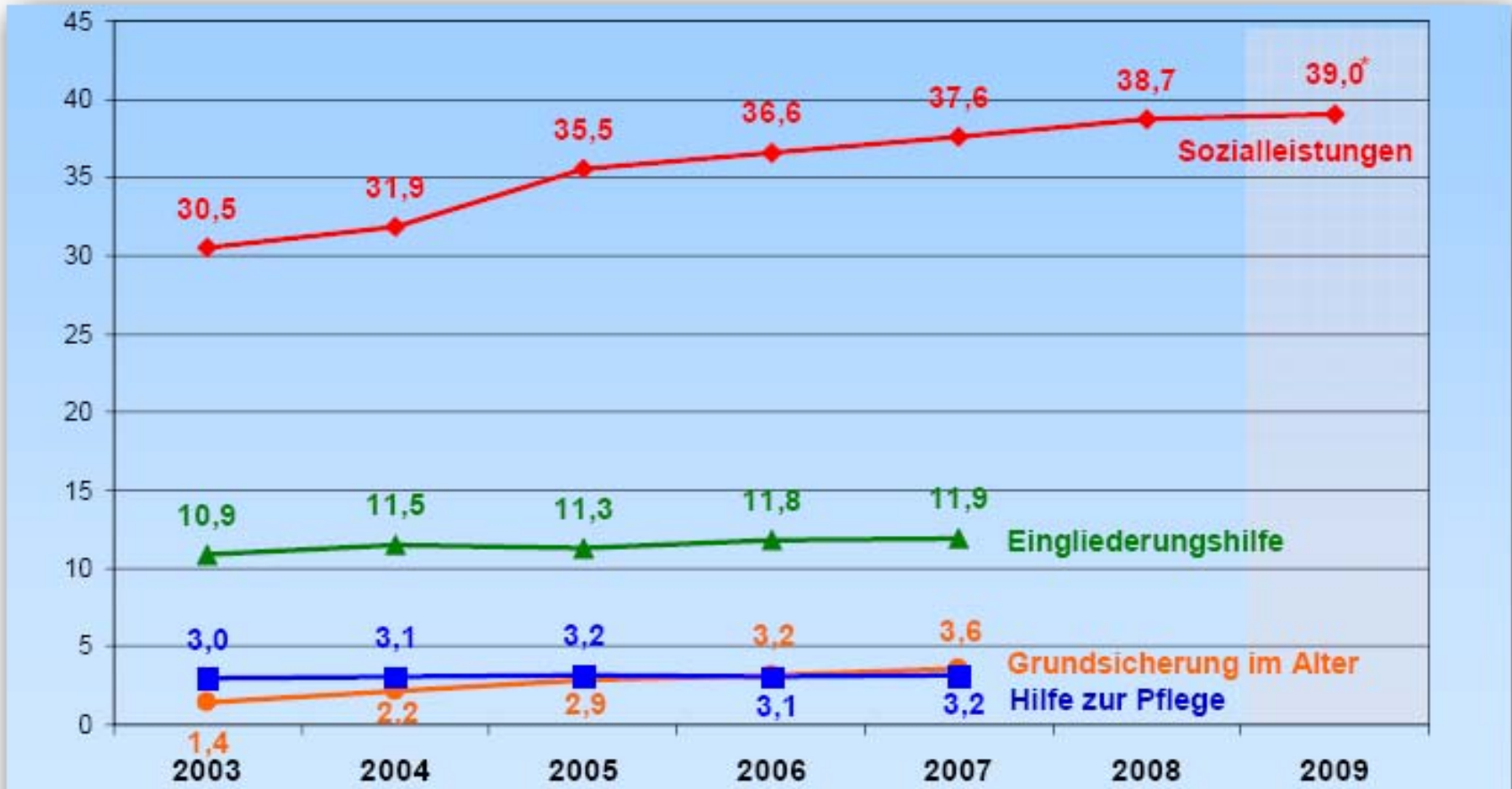
Trend zur INDIVIDUALISIERUNG und PLURALISIERUNG

Wohlfahrtsverbände – Größe und Bedeutung

- Wohlfahrtsverbände haben einen Anteil von 5% der Beschäftigten
- Zuwachs beim DPWV in den 1970er Jahren am Größten
 - Selbsthilfegruppen
- Zuwachs bei der Zentralen Wohlfahrtsstelle in den 1990er Jahren am Größten
 - Zuwanderung russischer Juden
 - Zentralwohlfahrtsstelle hat sich dem DPWV angeschlossen

Kommunale Ausgaben für Sozialleistungen

(in Mrd. Euro)

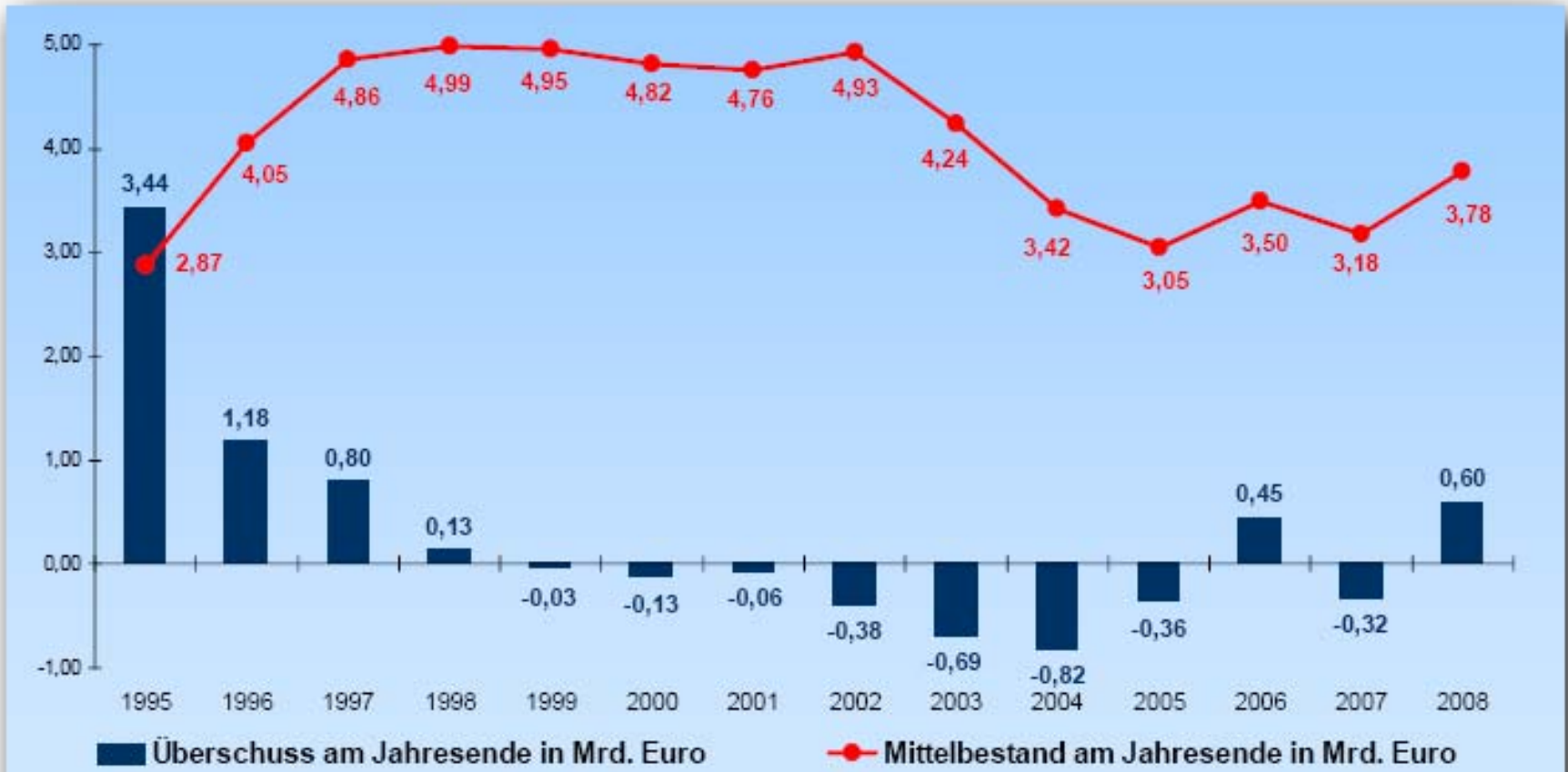


* Schätzung des Deutschen Städtetags vom 27.01.2009.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutscher Städte- und Gemeindebund (Stand Dezember 2008);
Deutscher Städtetag (Stand 27.01.2009).

© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50868 Köln

Finanzergebnis und Finanzreserve der Pflegeversicherung



Investitionsdarlehen i.H.v. 0,56 Mrd. Euro an den Bund: Auszahlung in 1995/ Rückzahlung in 2002. In 2006 Erhebung von 13 Monatsbeiträge durch die Vorverlegung der Fälligkeit des Gesamtsozialversicherungsbeitrages für Beschäftigte aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Vierten und Sechsten Buches Sozialgesetzbuch vom 03.08.2005. Erhöhung des Beitragssatzes zum 01.07.2008 im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes. Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Die Finanzentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung.

© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50668 Köln

Quelle: Verleger, Arndt: Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Sozialwirtschaft, Vortrag beim Managementtreff 2009: „Strategien in der Krise“, 16. Juni 2009:

Nicht sachbezogene Ausgabensteuerung der Finanzierungsträger

Entwicklung der Eigenanteile am Pflegeheimentgelt

(Entgelt für vollstationäre Dauerpflege, für Unterkunft/ Verpflegung und für Investitionskosten; Durchschnitt in Euro pro Monat und Bewohner)



■ Entgelt für vollstationäre Dauerpflege

■ Entgelt für Unterkunft/ Verpflegung

■ Investitionskostenanteil

● Eigenanteil

— maximale Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung

Für die Jahre 2001 und 2003 stehen für den Investitionskostenanteil keine Daten zur Verfügung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2003, 2005 und 2007, Pressemitteilung vom 09.03.2009.

© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50668 Köln

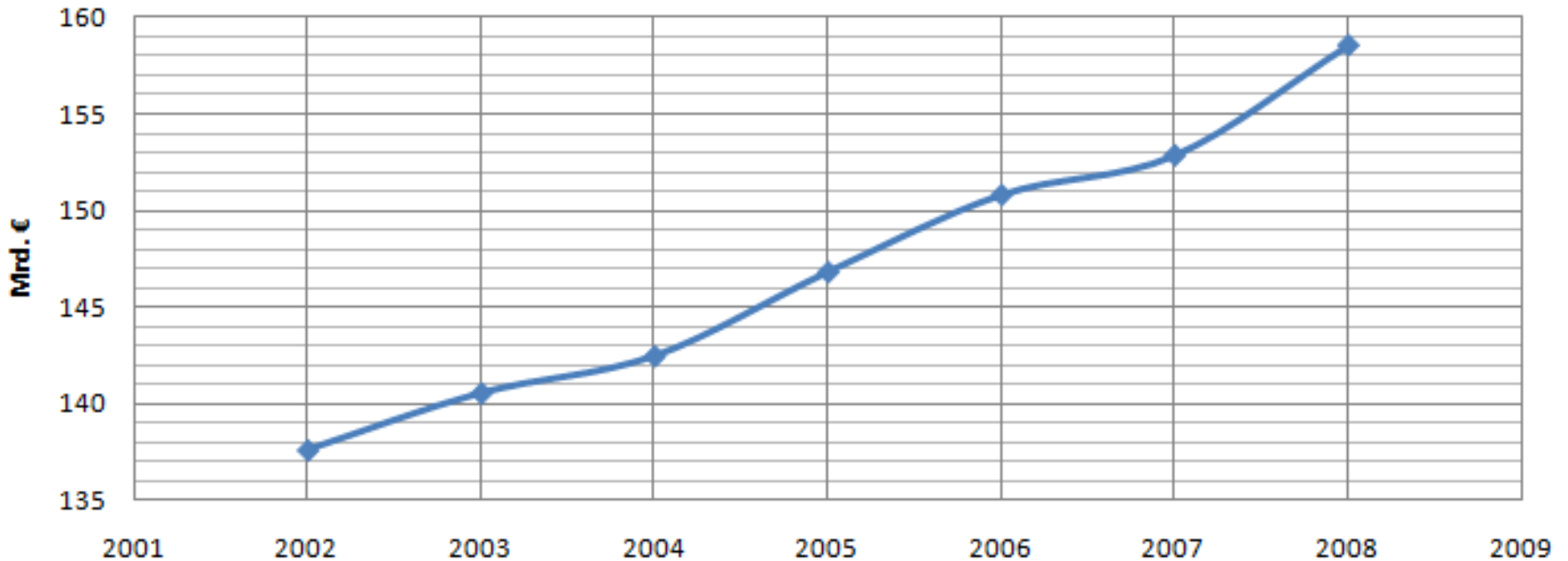
Voraussichtliche Entwicklung des Sicherungsniveaus der Altersrente a. d. gesetzlichen Rentenversicherung vor Steuern



Quelle: Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2008, Übersicht B 8.

© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50668 Köln

Bruttowertschöpfung Gesundheit, Veterinär und Sozialversicherung



➤ Entspricht zwischen 6% und 7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2010

- noch weitgehend öffentlich regulierte Leistungsbereiche
- stabile Entwicklung und relativ konjunkturunabhängige Nachfrage
- unterdurchschnittliche Insolvenzraten einzelner sozial- / gesundheitswirtschaftlicher Sektoren

Wirtschaftssektor*	Insolvenzzrate in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Krankenhäuser (ohne Unikliniken)	0,6	0,6	0,7	1,1	0,8	0,4	0,7
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	1,1	1,0	1,4	2,1	1,1	1,4	1,5
Altenpflegeheime	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,3	0,2
ambulante soziale Dienste	0,7	0,8	0,7	0,9	0,8	0,7	0,9
alle Wirtschaftsbereiche	1,1	1,3	1,4	1,3	1,2	1,1	0,9

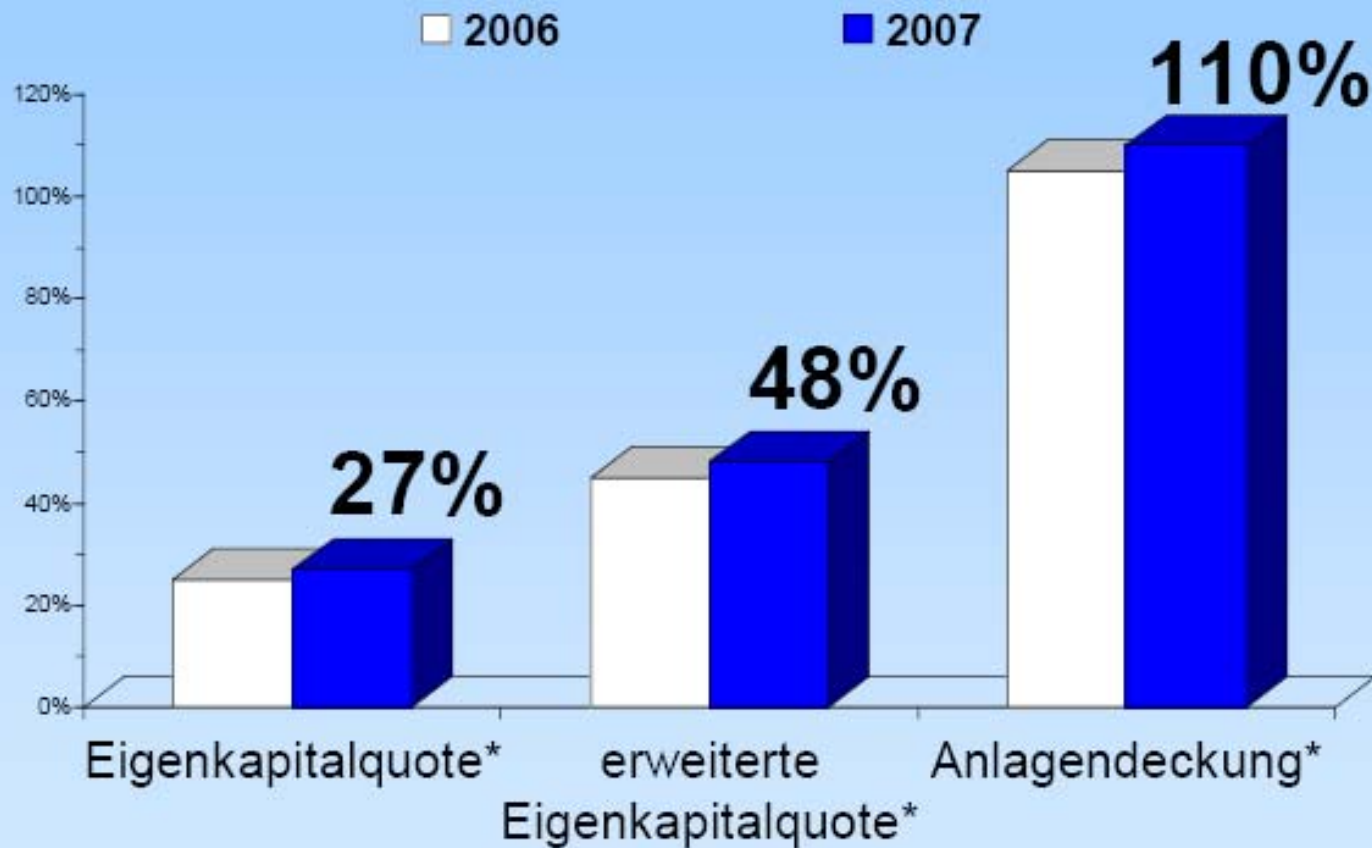
* Gemäß der Klassifikation der Wirtschaftsbereiche des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2003 (WZ 2003).
 Quelle: Statistisches Bundesamt: Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen; Grunddaten der Krankenhäuser; Grunddaten der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen; Pflegestatistik; Wirtschaft & Statistik 4/2008.

Attraktivität der Sozialwirtschaft für eine Bank

- noch weitgehend öffentlich regulierte Leistungsbereiche
- stabile Entwicklung und relativ konjunkturunabhängige Nachfrage
- unterdurchschnittliche Insolvenzraten einzelner sozial- / gesundheitswirtschaftlicher Sektoren

- **akzeptables Rendite / Risiko-Verhältnis**

BFS-Rating: Eigenkapitalausstattung und Anlagendeckung



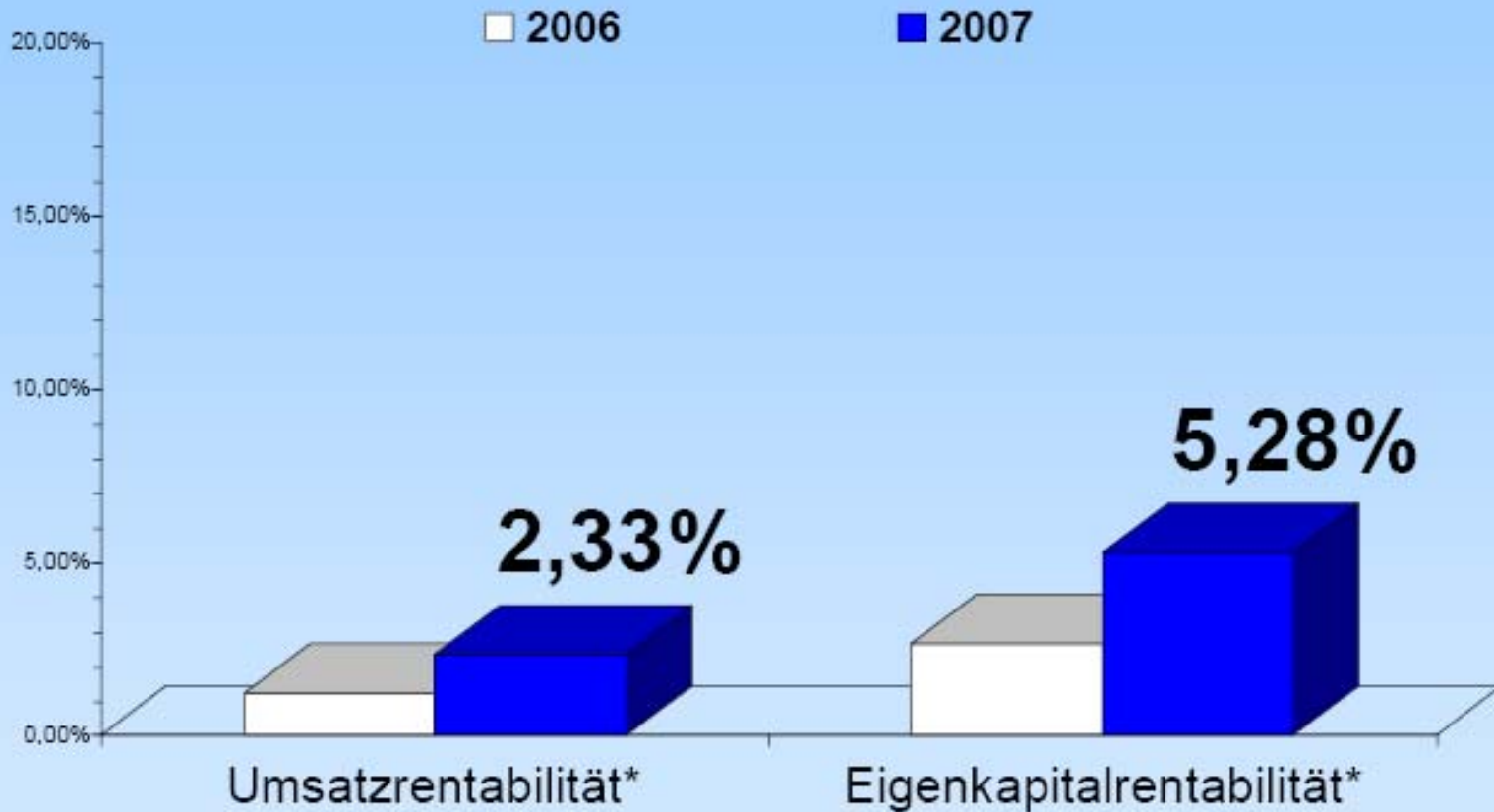
* Median
Quelle: Bilanzanalyse der BFS Service GmbH.

© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50688 Köln

 **Bank
für Sozialwirtschaft**

39

BFS-Rating: Rentabilität



* Median

Quelle: Bilanzanalyse der BFS Service GmbH.

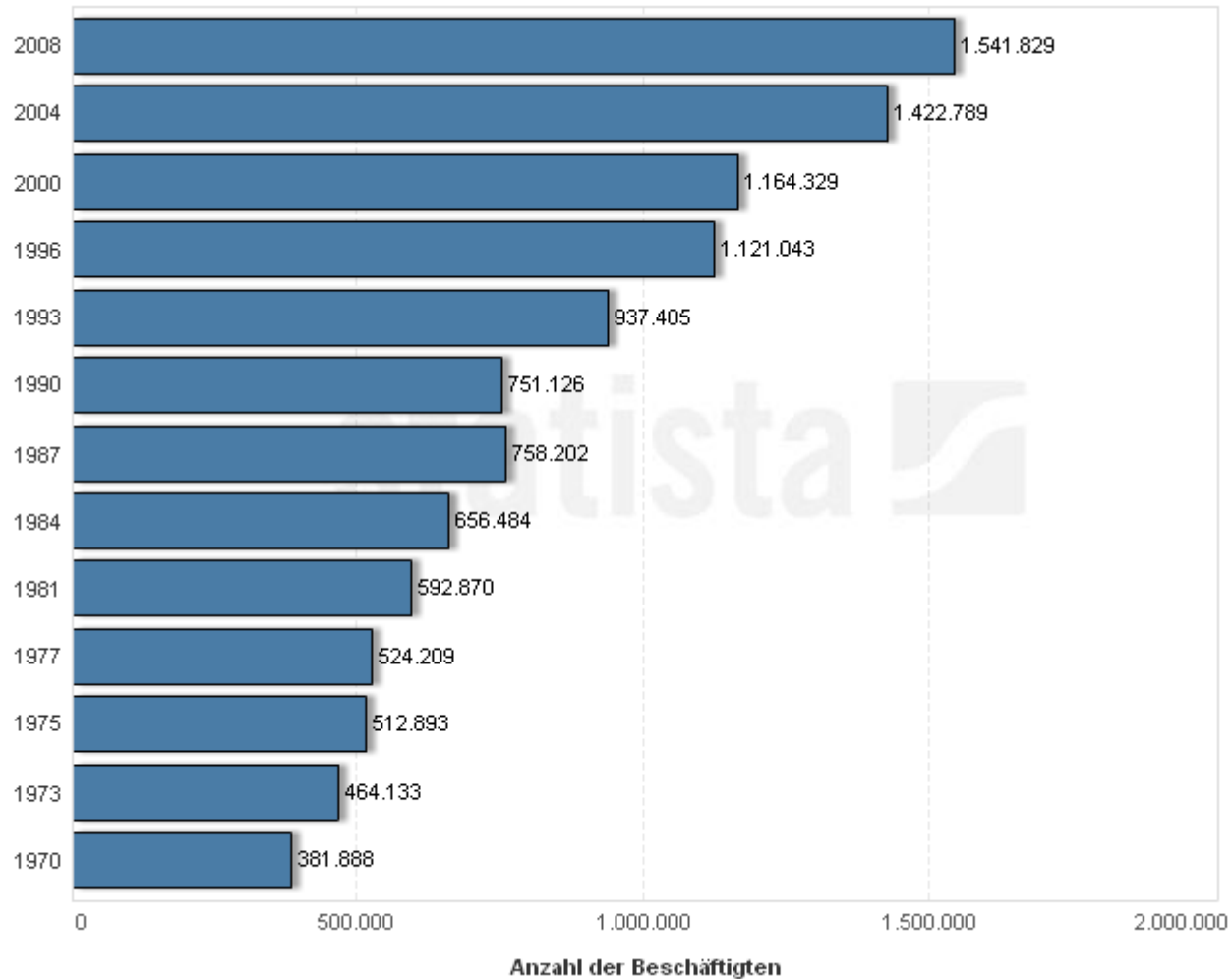
© Bank für Sozialwirtschaft AG, Abt. Research, Wörthstr. 15-17, 50668 Köln

 **Bank
für Sozialwirtschaft**

40

Verband	Mitarbeiter	Einrichtungen
AWO	158.000	14.000 Stand 1.1.2009
DCV	rd. 507.500	rd. 24.373 Stand 31.12.2008
DW	rd. 435.000	rd. 27.000 Stand 31.12.2009
DPWV		9.000
DRK	75.000	

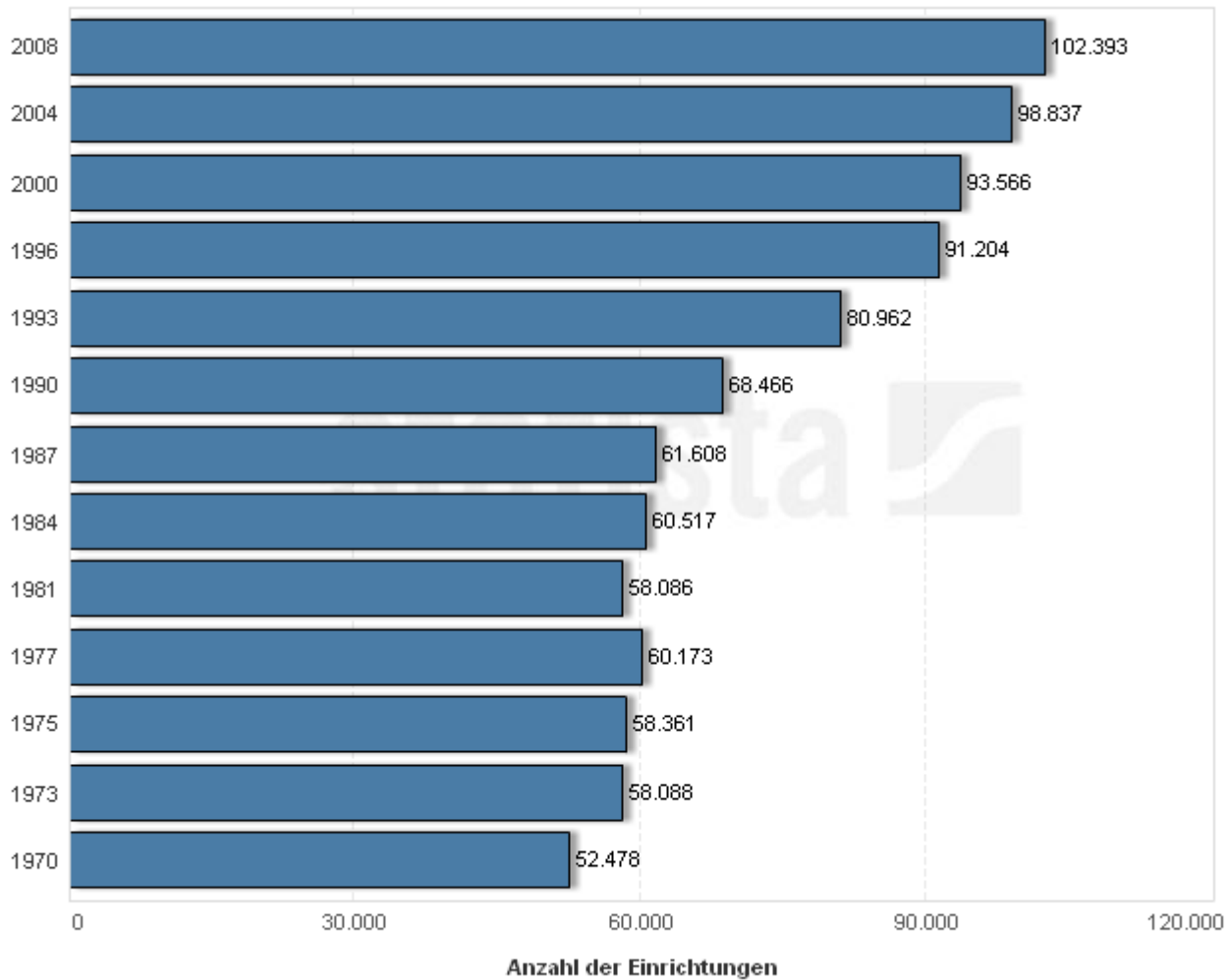
Entwicklung der Zahl der Beschäftigten



Quelle: Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

- Anstieg seit 1970 um 304%
- Anstieg seit 2000 um 32%
 - Erhöhung des Anteils Teilzeitbeschäftigter um 39%
 - Erhöhung der Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um 9%
- 1.541.829 hauptamtliche MitarbeiterInnen
- 833.306 (54%) Teilzeitkräfte
- 5% aller Erwerbstätigen
- 2,5 bis 3 Mio. Ehrenamtliche

Entwicklung der Einrichtungen

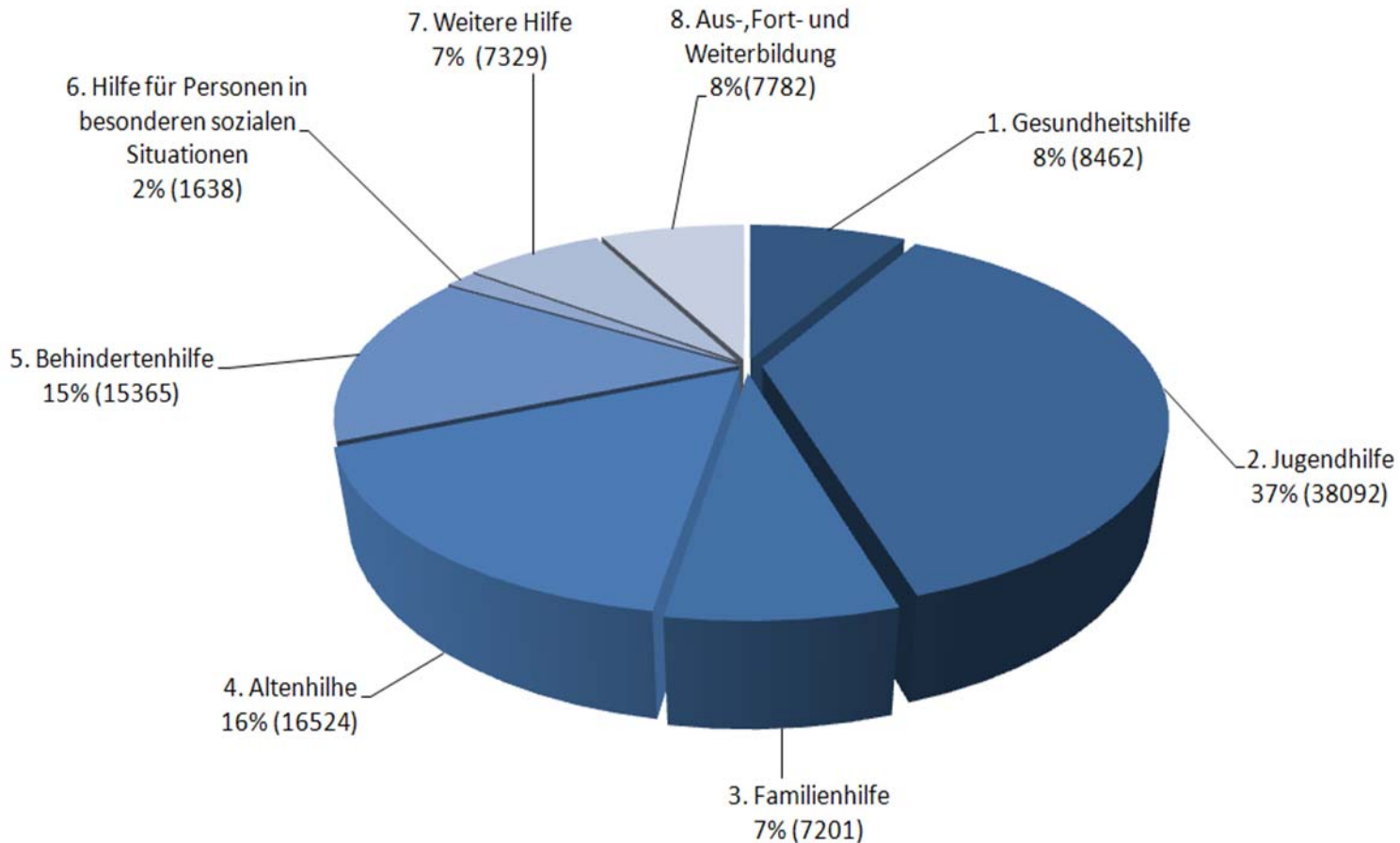


Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

Einzelheiten zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen (in 2008)

- 102.393 Unternehmungen (Einrichtungen) und Dienste
- 3.699.025 Betten / Plätze
- Nicht enthalten
 - Zusätzliche soziale Maßnahmen
 - Aktivitäten der Auslands- und Katastrophenhilfe
 - Betreuungskapazitäten der Beratungsstellen und der mobilen Dienste
 - Mehr als 34.900 Selbsthilfe- und Helfergruppen

Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege



Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, e.V. (Hrsg.): Einrichtungen und Dienst der Freien Wohlfahrtspflege Gesamtstatistik 2008, Stand: 1. Januar 2008, Berlin Dezember 2009, S. 15

- Erhöhung der Zahl der Dienste und Unternehmungen seit 2000 um 9,4%
- Größte Zuwachsrate in der Gesundheitshilfe um 690 % (!!!), bei rückläufiger Betten- /Platzzahl (von 220.000 auf rd. 217.000) und steigender Beschäftigtenzahl um 18,1% auf 374.886 Beschäftigte
- Zunahme bei den Unternehmungen in der Altenhilfe um 8,6%
- Zunahme bei den Unternehmungen der Jugendhilfe 12,1%
- Zunahme bei den Unternehmungen der Behindertenhilfe 23%
- Abnahme bei der Familienhilfe 24%

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, e.V. (Hrsg.): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege Gesamtstatistik 2008, Stand: 1. Januar 2008, Berlin Dezember 2009, S. 18-19

- 9% Zuwachs in der Altenhilfe
- 20% Zuwachs in der Behindertenhilfe
- 19% Zuwachs in der Jugendhilfe
- 2% Zuwachs im Gesundheitshilfe

- 8% Abnahme in der Familienhilfe
- 15% Abnahme in den Fort- und Weiterbildungsstätten

- 48% der Unternehmungen in freigemeinnütziger Trägerschaft
 - 52% der Beschäftigten
- 40% der stationären Unternehmungen im Gesundheitswesen einschließlich Vorsorge- und Reha in freigemeinnütziger Trägerschaft
 - 31% der Betten/Plätze
 - 27% der Beschäftigten

- Nichtregierungsorganisationen politisch erwünscht
- Vereinbarkeit von politischer Aktivität und Dienstleistungsanbieter?
- Europarechtliche Diskussion
- Ökonomische Probleme der Einrichtungen des Wohlfahrtswesens
 - Professionalität der Führung
 - Tarifrechtliche Probleme
 - Portfoliomanagement

- Fortführung des Status Quo – Anwaltsfunktion und Betrieb von Sozialunternehmen
- Konzentration auf wirklich Bedürftige, Rückzug aus dem Betrieb von Sozialunternehmen
- Klare Trennung von Anwaltsfunktion und Betrieb von Sozialunternehmen
- Rückzug aus der Anwaltsfunktion

Social Entrepreneurship – Nonprofitmanagement: Verbindendes und Trennendes

- Social Entrepreneurure:

- verhält sich wie Nonprofitmanager im Verhältnis zur Erwerbswirtschaft
- liefert häufig revolutionäre Geschäftsmodelle, Strategien und Marktbearbeitungswege

- Nonprofitmanager:

- lernt, übernimmt und / oder adaptiert Management-Know How aus der Wirtschaft
- keine oder untergeordnete Gewinnerzielungsabsicht